Abend-Ausgabe. Nr. 178 Freitag, 16. April 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Von Kommunisten überfallen

Blockleiter in Buenos Aires ermordet

Wieder ein auslandsdeutscher Blutzeuge der Bewegung

Buenos Aires, 16. April.

Der Reichsdeutsche, Parteigenosse Josef Riedel, der als Blockleiter zur Ortsgruppe Villa Ballester der Landesgruppe Argentinien der Auslandsorganisation der NSDAP gehört, wurde von bisher noch unbekannten Tätern in Buenos Aires überfallen und so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erlegen ist.

Riedel, der von Beruf Schlosser war und 1899 in Spöck geboren wurde, wurde am Abend des vergangenen Sonnabends nach der Ablieferung von Beiträgen von zwei unbekannten Tätern überfallen und angeschossen. Seinen dabei erlittenen schweren Verletzungen ist Riedel am Sonntagabend erlegen. Die Polizei hat die Untersuchung sofort aufgenommen, wobei sie von der Deutschen Botschaft weitestgehend unterstützt wird. Die Täter werden von der argentinischen Polizei in Kommunistenkreisen gesucht, vor denen der Ermordete noch unmittelbar vorher gewarnt worden war.

Riedels letztes Wort: „Heil Hitler!"

Buenos Aires, 16. April.

Der feige Mord hat in den Kreisen der Reichsdeutschen in Buenos Aires und Umgebung großes Aufsehen und tiefes Mitgefühl hervorgerufen. Die Parteigenossen nahmen sich sofort der Witwe und der Kinder des Ermordeten an. Die Landesgruppe legt für 30 Tage Trauer an. Blockleiter Riedel rang 26 Stunden lang mit dem Tode. Mehrfache Blutübertragungen, zu denen sich stets Parteigenossen selbstlos bereit fanden brachten keine Rettung. Die letzten Worte, die der tapfere Kämpfer des Führers an die Parteigenossen, die sein Sterbelager umstanden, richtete, waren: „Kameraden, Heil Hitler!" Dabei versuchte er noch, die Hand zum Deutschen Gruß zu erheben.

Die Deutsche Botschaft hat sich sofort nach der Tat mit den argentinischen Polizeibehörden in Verbindung gesetzt, um zur Aufklärung des Mordes beizutragen. Bis zum Abschluß der gerichtlichen Ermittlungen bleibt die Leiche unbestattet. Ueber die Einzelheiten der Tat wird bekannt, daß der Ueberfall in einer durch kommunistisch-jüdische Umtriebe berüchtigten Gegend ausgeführt wurde. Riedel hatte Werbeschriften für eine Winterhilfsveranstaltung der Ortsgruppe Villa Ballester ausgetragen. Als er heimkehrte, wurde er dicht vor seiner Haustür von zwei Männern, die er selbst für Kommunisten erklärte, hinterhältig angegriffen. Einer der beiden Wegelagerer schoß sofort, während Riedel den zweiten niederschlagen konnte. Dann schoß der erste nochmals.

Der Mord spielte sich in einem Zeitraum von etwa sechs Sekunden ab. Die Täter sind unerkannt entflohen. Nachbarn eilten sofort zur Stelle und brachten den tödlich Verletzten ins Krankenhaus, wo er sofort operiert wurde. Es wurden zwei Einschüsse festgestellt. Die Kugeln hatten den Magen sowie eine Schlagader getroffen. Frau Riedel hat ihren Wunsch geäußert, baldigst nach Deutschland zurückzukehren. Die Asche ihres Gatten will sie in die Heimat mitnehmen. Der Einäscherungstag ist vorläufig noch unbekannt.

Schlichte Trauerfeier in Buenos Aires

Buenos Aires, 16. April.

Im „Horst-Wessel-Haus" der Ortsgruppe Villa Ballester fand am Donnerstagabend eine schlichte Trauerfeier für den ermordeten Parteigenossen Josef Riedel statt. Der Botschafter und seine Gattin geleiteten die Witwe zu der Trauerfeier. Im Namen der Reichsregierung legte dann der Botschafter mit Worten ehrenden Angedenkens einen Kranz nieder. Er schloß seine Ansprache mit den Worten: „Wenn wir von nun an hier singen werden, Kameraden, die Rot-Front und Reaktion erschossen, so werden wir auch an dich denken, Josef Riedel. Nach den Klängen des Chopinschen Trauermarsches nahm der Organisationsleiter der Ortsgruppe das Wort, um den Menschen Josef Riedel, diesen aufrechten deutschen Kameraden und Kämpfer für seine Familie und den Führer zu schildern. Ein tragisches Geschick habe ihn gerade in dem Augenblick ereilt, als er seine Arbeit für das größte soziale Werk der Bruderliebe, das Winterhilfswerk, abschließen wollte. Bei gesenkten Fahnen klang dann das Lied vom guten Kameraden auf, wonach der Landesgruppenleiter herzliche Worte trauernder Anteilnahme an die Witwe richtete und den Ermordeten als ein leuchtendes Vorbild hinstellte.

Gauleiter Bohle spricht sein Beileid aus

Berlin, 16. April.

Der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Bohle, brachte den Angehörigen des in Buenos Aires ermordeten Blockleiters Riedel sein herzliches Beileid telegraphisch zum Ausdruck. Der Deutsche Botschafter von Theermann übermittelte dem Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP folgendes Telegramm: „Anläßlich des feigen Mordes an dem Parteigenossen Riedel spreche ich der Auslandsorganisation aufrichtige Anteilnahme aus, und gebe ihr die Versicherung ab, alles zu tun, um die ruchlosen Täter zu ermitteln und sie der gerechten Strafe zuzuführen."

Brandkatastrophe in rumänischem Dorf

Bukarest, 16. April.

Eine furchtbare Brandkatastrophe ist am Donnerstag über die Gemeinde Comrot bei Tigina hereingebrochen. Ueber 800 Häuser sind vollkommen vom Feuer zerstört worden. Das Vieh konnte nur in sehr wenigen Fällen gerettet werden. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 15 Millionen Lei. Wieviel Menschen ums Leben gekommen sind, steht noch nicht fest. Bisher sind acht vollkommen verkohlte Leichen geborgen worden.

Repräsentantenhaus gegen Lynchjustiz

Washington, 16. April.

Unter dem Eindruck des besonders grausamen Falles von Lynchjustiz im Staate Mississippi nahm das Repräsentantenhaus am Donnerstag nach einer etwa sechsstündigen, ziemlich erregten Aussprache mit 276 gegen 119 Stimmen eine Antilynchvorlage an. Sie setzt für Polizeibeamte, die zulassen, daß ihnen ein Gefangener entrissen und verletzt oder getötet wird, Geldstrafen bis zu 5000 Dollar und Gefängnis bis zu fünf Jahren fest. Teilnehmer an dem Akt der Lynchjustiz können mit Gefängnis von 5 bis zu 25 Jahren bestraft werden. Die Vorlage geht nunmehr weiter an den Bundessenat, wo ebenfalls ein ziemlich heftiger Widerstand zu erwarten ist. Senator Borah hat die Vorlage bereits als ungerecht, verfassungswidrig und unmoralisch bezeichnet.

Die japanischen Flieger in Brüssel

Brüssel, 16. April.

Die japanischen Langstreckenflieger Nosaaki Jinuma und Kenji Tsukagashi sind am Freitag gegen 10 Uhr vormittags mit ihrem Eindecker „Gotteswind" auf dem Brüsseler Flughafen eingetroffen, wo sie herzlich begrüßt wurden. Ein belgisches Flugzeuggeschwader war den japanischen Fliegern zur Begrüßung entgegengeflogen. Die beiden Flieger sind im Laufe des Vormittags vom König empfangen worden.

General Hertzog antwortet der deutschen Regierung

Die „Gründe" für die Entrechtung der Deutschen in Südwestafrika

Pretoria, 16. April.

Der Vorsitzende der Regierung der Südafrikanischen Union, General Hertzog, hat dem deutschen Gesandten eine Antwortnote auf den deutschen Protest vom 5. April überreicht, in der es u. a. heißt:

Unter Bezugnahme auf Ihre Note vom 5. April, in der Sie mir die Auffassung der deutschen Regierung mitteilten über die Auswirkung der Verlautbarung der Mandatsregierung von Südwestafrika auf die Deutschen im Mandatsgebiet, welche nicht britische Staatsangehörige sind, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Unionsregierung die Vorstellungen der deutschen Regierung mit größter Sorgfalt geprüft hat, und ich möchte von vornherein die deutsche Regierung versichern, daß die Unionsregierung bei ihrer Maßnahme nicht von irgendwelchen unfreundlichen Beweggründen gegen das Deutsche Reich beseelt war. Sie ist vielmehr stets geleitet gewesen von der zwingenden Notwendigkeit, eine geordnete Verwaltung des Territoriums, für welches sie verantwortlich ist, zu gewährleisten.

Die Unionsregierung bedauert deshalb aufrichtig, daß die deutsche Regierung sich zu der Erklärung genötigt gesehen hat, die Verlautbarung müsse als eine Kampfmaßnahme gegen das Deutschtum im Territorium betrachtet werden. Insofern sei festgestellt, daß sie gegen Umtriebe gerichtet ist, welche die Unionsregierung auf Grund der vor der Südwestafrika-Kommission abgegebenen Aussagen und auf Grund anderer Informationen als erwiesen erachtet hat. Da die Unionsregierung der Ansicht ist, daß diese Umtriebe eine Aussöhnung zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung unmöglich machen, betrachtet sie den Erlaß dieser Proklamation nicht als Bruch der ihr durch das Mandat auferlegten Treuhänderpflicht, sondern als Maßnahme zur Erfüllung dieser Pflicht.

Es wird zugegeben, daß die Betätigung einiger deutschen Reichsangehöriger im Mandatsgebiet, die nicht britische Staatsbürger sind, unmittelbarer Anlaß für den Erlaß der Proklamation gewesen ist. Die Unionsregierung glaubt jedoch, daß berücksichtigt werden sollte, daß die Proklamation gleichermaßen auf alle Personen Anwendung findet, welche nicht britische Staatsangehörige sind, und ihrem Wortlaut nach keine Diskriminierung gegen Deutsche enthält. Die Aussöhnung der verschiedenen Teile der europäischen Bevölkerung des Territoriums ist eine Angelegenheit, welche die ungeteilte Aufmerksamkeit der Unionsregierung findet; die Regierung wird im Geist friedlichen Wohlwollens für das Deutschtum als Ganzes fortfahren, alles in ihren Kräften Liegende zu tun, um die erwünschten Beziehungen herbeizuführen. Die Unionsregierung vertraut darauf, daß die deutschen Reichsangehörigen keine Veranlassung zur Anwendung der Bestimmungen der Proklamation gegen sie geben werden, und würde eine Mitarbeit der deutschen Regierung in dieser Hinsicht begrüßen."

*

Die Note der südafrikanischen Regierung ist in sachlichem Ton abgefaßt. Insofern läßt sie ein gewisses Entgegenkommen der südafrikanischen Regierung erkennen. Aber auch diese Note geht von dem sogenannten Südwestreport aus, d. h. von jenem Bericht, den eine Kommission über die Zustände im jetzigen Mandatsgebiet erstattete. Deutscherseits ist schon in einer Note vom 31. Oktober gegen diesen Bericht Stellung genommen worden, und es ist betont worden, daß die Mitteilungen des Berichts keineswegs zutreffend sind. Wenn die südafrikanische Regierung das Londoner Abkommen vom Jahre 1928 erwähnt, so müssen wir feststellen, daß dieses Abkommen leider von der südafrikanischen Regierung nicht innegehalten worden ist. Sein Zweck war, die Mitarbeit der Deutschen am Schicksal des Mandatsgebiets zu sichern. Das ist bisher nicht erfolgt. Wenn fernerhin die südafrikanische Regierung davon spricht, daß sich die von Deutschland bekämpften Maßnahmen nicht nur gegen die deutschen, sondern alle nichtbritannischen Einwohner richten, so gibt die südafrikanische Regierung damit eine Verletzung ihrer Mandatsverpflichtungen zu, da die Mandatsbestimmungen keine unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung gestatten. Wenn schließlich die südafrikanische Regierung betont, daß zur Zeit alles in Ordnung sei, so muß man sich fragen, weshalb denn überhaupt eine Ausnahmegesetzgebung geschaffen wurde. Gerade, wenn alles in Ordnung ist, darf man wohl um so eher die Erwartung aussprechen, daß die von uns bekämpften Ausnahmebestimmungen möglichst bald beseitigt werden.

Vor einer roten Einheitspartei in Frankreich

Die Oppositionsblätter erwarten Zusammenbruch der Volksfront und Regierungsumbildung

Paris, 16. April.

Im Zusammenhang mit der großen innerpolitischen Rede, die Ministerpräsident Blum im geschlossenen sozialdemokratischen Kreise am vergangenen Freitag gehalten hat und an die sich zahlreiche Gerüchte geknüpft haben, sind die Oppositionsblätter ganz allgemein der Ueberzeugung, daß über kurz oder lang eine Verschmelzung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei eintreten wird.

Der „Figaro" meint, in der Politik siege immer derjenige, der die stärkste Dynamik besitze. Man müsse den Kommunisten zugestehen, daß sie methodisch mit Ausdauer und Geschicklichkeit ihr Ziel verfolgten, das darin bestehe, sich mit allen Mitteln einen Platz an der Macht zu verschaffen. Ihre Taktik sei die bekannte Taktik des Trojanischen Pferdes. In Anbetracht der bevorstehenden Verschmelzung hätten die Franzosen das Recht, gewisse Fragen zu stellen. Die Fusion der beiden Parteien würde höchstwahrscheinlich eine Regierungsumbildung mit sich bringen. Würden dann Leute wie Thorez und Duclos in die Regierung kommen? Würde Blum oder Thorez der künftige Führer der neuen Einheitspartei sein? Es stehe außer Zweifel, daß, wenn die Kommunisten in die Reihen der Sozialdemokraten einbringen, erstere binnen kurzem die Mehrheit in der Hand hätten.

Der „Jour" spricht bereits von einem Zusammenbruch der Volksfront. Es sei klar, daß, wenn die beiden Parteien sich vereinten, die Leute wie Thorez die Oberhand behielten, um so mehr, als Blum seine Partei nicht geschlossen hinter sich habe. Die neue Einheitspartei, bestehend aus revolutionären Extremisten, würde 260 Vertreter im französischen Parlament haben. Das sei das Ende der Volksfront! — Das „Echo de Paris" fragt, was geschehen würde, wenn die Regierung Blum gestürzt würde. In radikalsozialen Kreisen sei man bereits sehr unruhig. Man erzähle, daß der Sturz Blums das Signal für eine marxistische Revolte sein werde.

SLUB
Wir führen Wissen.